

o.222.Nig.4 U'ch 20 - LB/w

Den 29. November 1969.

Notiz für den Departementsvorsteher

(im Hinblick auf die Orientierung
des Bundesrats)

Nigeria/Biafra: Mercy-week

I.

Die Vorbereitungen und Konsultationen zur Verwirklichung des Projekts einer "mercy-week" sind durch die unverständliche Indiskretion von Nationalrat Franzoni an Radio und Fernsehen am 25./26. November jäh gestört worden und haben eine neue Lage geschaffen. Franzoni hat weder vor noch nach seiner Erklärung mit dem Politischen Departement Fühlung genommen. Da er noch am gleichen Tag in den Tessin zurückgekehrt ist, war es bisher nicht möglich, in einer Aussprache die Motive seines Verhaltens zu klären.

Die Auswirkungen der Indiskretion, die sehrwahrscheinlich zum Scheitern unserer Bemühungen führen werden, lassen sich - soweit sie heute schon in ihrer vollen Tragweite überblickbar sind - wie folgt zusammenfassen:

1. Die befreundeten Staaten, mit denen wir in Verbindung standen, und die wir um strikte Geheimhaltung ersucht hatten (Schweden, Oesterreich, Jugoslawien) sind über die Indiskretion enttäuscht und angesichts des überraschenden Ansturms ihrer Massenmedien in eine missliche Lage versetzt worden. Die Indiskretion ist aus ihrer Sicht umso schwerwiegender als der Urheber ein Parlamentarier und Mitglied

der auswärtigen Kommission ist. Inskünftig dürfte man von uns in Fällen dieser Art wohl zusätzliche Sicherheitsmassnahmen und Garantien verlangen.

2. In Lagos, das ebensosehr überrascht wurde, hat die Meldung, dass Ojukwu uns um Vermittlung ersuchte, zu tiefem Miss-
trauen und Konfusion geführt: jede Aktion der Schweiz und der anderen Neutralen wäre für die Bundesregierung nunmehr ein von Ojukwu inspiriertes Unternehmen. Die für eine Aktion notwendige Vertrauensbasis ist wesentlich geschmälert worden.
3. Aber auch auf lange Sicht, im Hinblick auf andere zukünftige Vermittlungsbemühungen, ist durch die Indiskretion die schweizerische Stellung, unsere Vertrauenswürdigkeit, geschwächt worden.

Enttäuschung darüber lassen auch die ersten Reaktionen befreundeter Staaten erkennen, die nicht eingeweiht waren, mit denen wir jedoch auf humanitärem Gebiet in der Biafra-Frage zusammenarbeiten.

II.

Die Konsultationen sind inzwischen im Lichte dieser neuen Entwicklung abgeschlossen worden. Sie ergeben das folgende Bild:

1. Während Oesterreich nach wie vor bereit ist, den Weg, zusammen mit uns, bis zum Ende zu gehen, will sich Jugoslawien nicht mehr beteiligen. Belgrad möchte dabei der Meinung Haile Selassies Rechnung tragen, der für den Augenblick angesichts seiner eigenen Vermittlungsbemühungen von jeglicher Aktion ausserafrikanischer Staaten abrät. Der Kaiser hofft, in den nächsten Tagen eine afrikanische Ver-

mittlungsaktion erfolgreich durchzuführen und wünscht, dass Störungen von aussen unterbleiben.

Stockholm ist auf seinen ursprünglichen negativen Entscheid zurückgekommen und wäre grundsätzlich zu einer Teilnahme an einem humanitären Projekt in geeigneter Form bereit.

2. Ein Vertreter der Botschaft Nigeriens in Bern wies im Auftrage seiner Regierung darauf hin

- dass die allgemeine politische Lage "angesichts der abnehmenden Widerstandskraft Ojukwus für Aktionen neutraler Staaten ungünstig sei",
- dass jede Aktion in erster Linie Ojukwu diene und als von ihm angeregt in Nigeria bei Regierung und Bevölkerung grossem Misstrauen begegne,
- dass der Konflikt eine afrikanische Angelegenheit sei und sofern Hilfe von aussen komme, sie höchstens von Haile Selassie bzw. der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) kommen sollte.

Botschafter Real in Lagos ist indessen der Meinung, dass unser Projekt noch eine gewisse Chance habe, sofern nicht eine allgemeine Waffenruhe, sondern lediglich eine limitierte Neutralisierung des Flugplatzes Uli vorgeschlagen werde.

3. Schliesslich sei noch erwähnt, dass Premierminister Wilson eine erfolgreiche Aktion der Schweiz und anderer Neutraler begrüssen würde. Wir seien indessen mit den gleichen Problemen konfrontiert wie die anderen, die sich bisher um eine Vermittlung bemüht haben.

- 4 -

III.

Angesichts dieser Lage und mit der, wenn auch minimalen Aussicht auf Verwirklichung des Projekts, haben wir uns im Einvernehmen mit Wien entschlossen, der Regierung in Lagos durch unseren Botschafter vertraulich mitteilen zu lassen, dass wir nicht an eine politische Vermittlung, sondern an einen humanitären Vorschlag denken. Diese Mitteilung wird zur wünschbaren Beruhigung der nigerianischen Regierung beitragen und allfälligen Reaktionen des Unwillens vorbeugen.

Gleichzeitig wird Botschafter Real dem Aussenminister mitteilen, dass wir die Absicht hätten, den beiden Parteien in Form eines Aufrufes unser Projekt "mercy-week" zu unterbreiten. Von der Stellungnahme der nigerianischen Regierung wird das weitere Vorgehen abhängen.

Im Falle einer Absage werden wir auf das Projekt wohl verzichten und unsere humanitären Bemühungen in Zusammenarbeit mit den im Einsatz stehenden Hilfsorganisationen, aber auch in der sog. "Haager Gruppe" weiterverfolgen müssen; diese Gruppe europäischer Länder sucht zurzeit ebenfalls nach praktikablen Lösungen, um der notleidenden Bevölkerung Biafras zu helfen. Unsere Erfahrungen werden ein nützlicher Beitrag zu dieser Arbeit sein.

Mit dem letzten Schritt in Lagos haben wir jedenfalls alles unternommen, was in der gegebenen Situation noch möglich ist. Im Falle eines "nein" aus Lagos werden wir - trotz der misslichen Entwicklung - nach Aussen und Innen einigermaßen das Gesicht wahren können.

Ein ausführliches Pressekommuniqué wird schliesslich u.a. mit aller Deutlichkeit hervorheben müssen, dass im subtilen Bereiche der guten Dienste bei aller Bereitschaft zur Information die Diskretion erstes Gebot der Stunde ist.


(Langenbacher)